

Stand: 24.01.2026 04:24:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9252

"Sicher zum Weihnachtsmarkt, zum Faschingszug oder zum Festumzug von Schützen oder Trachtlern: Traditionenveranstaltungen bei Sicherheitskosten entlasten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9252 vom 09.12.2025
2. Beschluss des Plenums 19/9375 vom 11.12.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 67 vom 11.12.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Andreas Winhart, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Martin Huber, Stefan Löw, Harald Meußgeier, Johann Müller, Ulrich Singer, Markus Striedl und Fraktion (AfD)**

Sicher zum Weihnachtsmarkt, zum Faschingszug oder zum Festumzug von Schützen oder Trachtlern: Traditionsvoranstaltungen bei Sicherheitskosten entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen für die Terrorabwehr im öffentlichen Raum bei Traditionsvoranstaltungen wie Weihnachtsmärkten, Volksfesten, Umzügen und Märkten in Bayern nicht länger auf die Veranstalter wie Kommunen und Vereine abzuwälzen. Stattdessen soll der Freistaat als Verantwortlicher für die öffentliche Sicherheit und somit auch verantwortlich für die Terrorabwehr diese Kosten vollständig übernehmen.

Begründung:

Die öffentliche Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Der Staat muss die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger schützen und ist somit auch für die Terrorabwehr und folglich auch für die dafür anfallenden Kosten zuständig. Traditionsvoranstaltungen wie Weihnachtsmärkte, Volksfeste, Umzüge und Märkte sind nicht nur wirtschaftliche Ereignisse, sondern kulturelle Eckpfeiler, die das soziale Gefüge Bayerns stärken und jährlich Millionen von Besuchern anziehen. Sie fördern den Tourismus, die lokale Wirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dennoch werden diese Veranstaltungen und ihre Organisatoren zunehmend durch steigende Sicherheitsanforderungen, die aufgrund von Terrorgefahren, Anschlägen in der Vergangenheit und daraus resultierende behördliche Schutzvorgaben entstehen, massiv überfordert. Veranstalter – oft Vereine oder Kommunen – müssen derzeit immense Summen für Sicherheitskonzepte und Schutzmaßnahmen zur Terrorabwehr aufbringen, die die Besucher solcher Veranstaltungen vor Terroranschlägen schützen sollen. Dies umfasst Kosten für private Sicherheitsdienste, bauliche Maßnahmen wie Betonpoller, Videoüberwachung, behördlich vorgeschriebene Sicherheitspläne und Absperrfahrzeuge. Solche Ausgaben können schnell enorme Summen erreichen und übersteigen die finanziellen Möglichkeiten vieler Organisatoren. Der Staat profitiert indirekt von diesen Veranstaltungen durch Steuereinnahmen und Imagegewinn, überlässt jedoch die Sicherheitslast gegen Terroranschläge den Veranstaltern. Dies widerspricht dem Prinzip der öffentlichen Aufgabe des Schutzes vor terroristischen Anschlägen durch den Staat und führt zu einer Ungleichbehandlung: Während kritische Infrastrukturen (z. B. Flughäfen oder Bahnhöfe) staatlich gesichert werden, wird die Sicherheit traditioneller Veranstaltungen an die Veranstalter delegiert.

In Bayern werden immer mehr Traditionsvoranstaltungen abgesagt, weil die Veranstalter die explodierenden Sicherheitskosten für die Terrorabwehr nicht mehr stemmen kön-

nen. Laut Berichten steigen die Kosten für Terrorschutz für Veranstaltungen bundesweit, Bayern ist besonders betroffen aufgrund seiner reichen Tradition an Volksfesten und Märkten. Berichte belegen, dass Veranstalter in kleineren Kommunen die geforderten Maßnahmen (z. B. Betonbarrieren, Absperrfahrzeuge, Sicherheitspersonal usw.) nicht mehr finanzieren können. Im Jahr 2025 wurden mehrere kleinere Traditionsvoranstaltungen in Bayern aufgrund von Terrorängsten und damit verbundenen Sicherheitskosten abgesagt. Medien berichten von einem „Volksfest-Schock“ mit reihenweisen Absagen. Ohne staatliches Eingreifen droht ein Dominoeffekt, bei dem immer mehr Veranstaltungen ausfallen müssen, was die Lebensqualität mindert und das Vertrauen der Bürger in den Staat schädigt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Andreas Winhart, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Martin Huber, Stefan Löw, Harald Meußgeier, Johann Müller, Ulrich Singer, Markus Striedl und Fraktion (AfD)

Drs. 19/9252

Sicher zum Weihnachtsmarkt, zum Faschingszug oder zum Festumzug von Schützen oder Trachtlern: Traditionsvorstellungen bei Sicherheitskosten entlasten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Holger Dremel

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Florian Siekmann

Abg. Martin Huber

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Andreas Winhart

Abg. Christiane Feichtmeier

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 39** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Sicher zum Weihnachtsmarkt, zum Faschingszug oder zum Festumzug von
Schützen oder Trachtlern: Traditionsvoranstaltungen bei Sicherheitskosten
entlasten (Drs. 19/9252)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Markus Walbrunn das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank und guten Morgen! Zumindest sind einige schon wach. Alle sind schon in Weihnachtsstimmung. Bald haben wir es geschafft. In den Straßen schwebt jedenfalls schon der Duft von Glühwein und gebrannten Mandeln, in den Läden stapeln sich die Lebkuchen, und vor den Christkindlmärkten stapelt sich leider auch etwas anderes; da stapeln sich die Merkel-Legos und Willkommensbremsen – außer in Augsburg; da müssen die Dinger nämlich 40 bis 64 Mal pro Stunde hin und her verschoben werden, damit die Straßenbahn durch kann. Kostenpunkt dieses unfreiwillig komischen Kardioprogramms laut Medienberichten: mehrere Zehntausend Euro. Ehrlich gesagt, ich glaube das nicht so recht; denn ich kenne die Zahlen, was wir in München zum Schutz unserer Weihnachtsmärkte ausgeben. Da erscheint mir die kolportierte Zahl, ehrlich gesagt, sogar noch etwas niedrig. Ich weiß: Die Augsburger Kollegen sehen das entsprechend und sind schon am Nachhaken. Da hängt bestimmt noch das eine oder andere mehr dran.

Wie dem auch sei: Eine neue Flughafenromantik hat unsere Feste und Traditionsvoranstaltungen erfasst – Betonklötze, Schleusen, Taschenkontrollen. Deutschland und

Bayern haben sich verändert. Ich frage mich, ob es das war, worauf sich Göring-Eckardt eigentlich all die Jahre so gefreut hat.

Die Anschläge auf die Weihnachtsmärkte am Berliner Breitscheidplatz und in Magdeburg oder auch auf andere Feste wie in Solingen haben eine neue, bittere Realität geschaffen. Diese neue deutsche Feier-Realität ist nicht heimelig; sie ist bisweilen unheimlich, gruselig und war bis 2015 undenkbar. Die Wir-schaffen-das-Mentalität hat dies aber möglich gemacht.

(Beifall bei der AfD)

Jüngst hat die angedrohte Absage eben jenes Weihnachtsmarktes in Magdeburg wieder für Aufregung gesorgt. Aber auch hier in Bayern gab es und gibt es immer wieder Probleme. Man denke an all die ausgefallenen Faschingsveranstaltungen in München und anderen Gemeinden oder, ebenfalls im Frühjahr, an die Absage des Bürgerteigflohmarkts in Schongau. Letzterer konnte dann im Herbst glücklicherweise wieder stattfinden – Gatter und Kleinbusbarriere sei Dank. Das Kinderfest des Arbeitskreises Jugend Zorneding-Pöring hatte im Juli schon wieder weniger Glück; es musste wegen unerfüllbarer Sicherheitsauflagen abgesagt werden. Das sind nur einige Beispiele.

Solche Absagen sind zum Glück noch nicht der Regelfall. Aber auch wenn die Veranstaltungen durchgeführt werden können, stellen die ausufernden Sicherheitserfordernisse doch eine erhebliche logistische und finanzielle Herausforderung für die Veranstalter dar; denn neben der Planung bleibt natürlich auch die Rechnung für dieses sicherheitspolitische Totalversagen des Staates bei den Vereinen, Schaustellern, Städten und Gemeinden hängen: immer mehr Auflagen, immer höhere Kosten. Ihre verfehlte Migrationspolitik ist längst zu einem regelrechten Konjunkturprogramm für die Hersteller von Fahrzeugsperren geworden.

Was sich Metropolen wie München und Augsburg noch leisten können, stellt für kleinere Gemeinden und Vereine mitunter schon eine unüberwindbare Hürde dar. Das, meine Damen und Herren, kann es nicht sein.

Dem Verursacherprinzip folgend fordern wir mit unserem Antrag, dass der Freistaat künftig diese Rechnungen, also die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen für die Terrorabwehr im öffentlichen Raum vollständig, also auch für solche Veranstaltungen übernimmt. Wenn es nach dem Verursacherprinzip geht, wäre zwar eigentlich auch der Bund gefragt, aber Bayern sollte hier vorangehen; denn auch jenseits dieses Prinzips ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine Kernaufgabe des Staates, und folglich liegen die dafür anfallenden Kosten in seinem Zuständigkeitsbereich. Unser Brauchtum, unsere Kultur, unsere Art zu leben dürfen nicht Opfer Ihres migrationspolitischen Selbstzerstörungskurses werden.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht motivieren Sie die zusätzlichen Ausgaben ja, statt unsere Feste in Festungen zu verwandeln, endlich an einer anderen Festung zu bauen, nämlich der Festung Europa. In diesem Sinne frohe Weihnachten!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner: Kollege Holger Dremel.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte mir von der AfD schon erwartet, dass hier jemand spricht, der auch tatsächlich im Innenausschuss ist, und nicht jemand, der letztlich etwas Aufgeschriebenes vorliest. Aber seis drum.

(Zuruf von der AfD)

Wie eigentlich alle hier in diesem Haus, meine Damen und Herren, weiß auch die AfD, dass die Sicherheit bei Veranstaltungen damit zu tun hat, wie die Sicherheit im Land ist, sprich: die Gesamtsituation. Da schaut es in Bayern dank der konsequenten Sicherheitspolitik, die die CSU seit Langem betreibt, hervorragend aus. Das wisst ihr.

(Widerspruch bei der AfD – Zuruf von der CSU: Hört ihm halt zu! Wenn ihr ihm zuhört, dann lernt ihr etwas!)

– Ich stelle fest: Auch in der letzten Sitzung vor Weihnachten will die AfD nichts hinzulernen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe bei der AfD)

Wir sind das sicherste Bundesland – –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Entschuldigung, Herr Kollege. – Ich darf darum bitten, dass der Herr Kollege seine Rede hier möglichst ungestört vortragen kann. Zwischenrufe ja, aber dieses ständige gemeinsame Hereinrufen sollten wir unterlassen.

Holger Dremel (CSU): Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist das sicherste Land, und zwar dank einer Top-Sicherheitsarchitektur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte an dieser Stelle auch unserem Innenminister Joachim Herrmann und unserem Staatssekretär Sandro Kirchner, der heute hier bei uns sitzt, danken; denn wir machen Sicherheit aus einem Guss.

Meine Damen und Herren, das wird auch so bleiben. Bei Veranstaltungen ist es so, dass nicht das Innenministerium, sondern der Veranstalter zusammen mit den Kommunen zuständig ist. Die Polizei gewährleistet aber trotzdem kostenlos Sicherheit durch Streifen, in Zivil, uniformiert, was auch immer. Der Veranstalter hat letztendlich zu bewerten, wie das Gefährdungspotenzial ist, und danach hat er seine Maßnahmen auszurichten.

Ich will Innenminister Joachim Herrmann zitieren, der am 24.11.2025 die aktuelle bayernweite Sicherheitslage vorgestellt und über die Schutzmaßnahmen informiert hat: "Wir haben derzeit keine Hinweise auf eine konkrete Gefährdung [...] in Bayern." Die Sicherheitsbehörden sind auf die Weihnachtsmärkte eingestellt.

Meine Damen und Herren, das macht uns auch die AfD nicht kaputt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hier reinschwingen zu lassen, die Weihnachtsmärkte wären unsicher, ist ein absoluter Krampf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD. Es gibt auch keine neuen Regeln, die eingeführt worden sind.

(Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Letztendlich gibt es Maßnahmen, die ein Veranstalter zu beachten hat. Jetzt bin ich wirklich kein Blinder, der von der Farbe spricht. Nein, ich hatte als Zweiter Bürgermeister in meiner Stadt Verantwortung. Ich war als Veranstalter eines Weihnachtsmarktes, eines Kirchweihumzuges und was auch immer verantwortlich, und ich war bei der Polizei Sachbearbeiter Einsatz, der zusammen mit Kommunen und mit Veranstaltern Gefährdungsanalysen durchführte. Erzählen Sie mir also nichts, dass das jetzt alles unsicher sei. Das ist absoluter Quatsch.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will dazu noch sagen: Unsere Sicherheitsarchitektur passt, die Weihnachtsmärkte sind sicher. Bitte lassen Sie sich von der AfD nicht verunsichern. Gehen Sie auf unsere Weihnachtsmärkte, genießen Sie die ruhige Adventszeit. Diesen Antrag hätte es heute nicht gebraucht.

Ich wünsche allen schöne Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2026.

Meine Damen und Herren, die Kooperation zwischen Kommunen, Veranstaltern und Polizei greift, und das ist auch gut. Der Freistaat Bayern ist nicht dafür verantwortlich, alle Weihnachtsmärkte finanziell zu unterstützen. In diesem Sinne: Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Herr Nolte, bitte.

Benjamin Nolte (AfD): Herr Kollege, wenn doch alles so sicher ist, die Weihnachtsmärkte so sicher sind, alles bestens ist und alles so toll ist, was machen dann diese Betonklötze vor den Weihnachtsmärkten? Ästhetische Gründe wird das ja wohl nicht haben.

Holger Dremel (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo was steht, ob dort Betonklötze stehen oder Feuerwehrautos querstehen, die letztendlich keinen Cent kosten, das entscheidet letztendlich die Kommune vor Ort. Auch die Gefährdungsanalyse macht der Veranstalter mit der Kommune. Ich gebe zu, dass sicherlich auch manche Sicherheitsmaßnahme vor Ort – wir machen alles noch besser, noch sicherer, damit gar nichts passiert – durchaus ein bisschen anpassungsfähig ist. Deswegen liegt die Verantwortung bei den Kommunen und bei den Veranstaltern. Aber der Freistaat Bayern hilft kräftig dazu. Wir haben aus der Staatskanzlei, lieber Florian Herrmann, auch einen Leitfaden für Vereinsfeste. Ich glaube, das ist eine gute Hilfe für unsere Bürgerinnen und Bürger und auch für die Vereine.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. Das war es. – Nächster Redner ist Kollege Florian Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Guten Morgen, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist faszinierend: Sie von der AfD-Fraktion können ja wirklich keine drei Sekunden ruhig auf Ihrem Sitzplatz sitzen,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

wenn Sie hier einmal mit der Situation, wie sie ist, konfrontiert werden. Das ist spannend. Wir hören hier wirklich fünf Minuten zu, wie eine Rede vom Blatt abgelesen wird, öde, langweilig, morgens um neun,

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Ja, richtig!)

und schon sind Sie auf 180. Wissen Sie, so etwas verdirbt mir die Weihnachtslaune.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Die Weihnachtslaune verdirbt mir auch, wenn ich wieder lesen muss, dass sich Extreme der Identitären Bewegung als Nikoläuse verkleiden – wahrscheinlich, weil sie zu viel Angst haben, in echt in der U-Bahn in München von der Stadtbevölkerung gesehen zu werden, die darauf sehr wenig Lust hat – und dann irgendwelche Störaktionen im öffentlichen Nahverkehr machen. Das verdirbt mir die Weihnachtslaune.

Aber wenn ich auf unsere Weihnachtsmärkte schaue, dann sehe ich dort Menschen, die Spaß haben. Ich finde, in der Vorweihnachtszeit ist genau der richtige Moment dafür. Da will man doch mal so ein bisschen die Seele baumeln lassen können, auf unseren Weihnachtsmärkten unterwegs sein, eine Tasse Glühwein trinken, meinetwegen auch einen Jägertee, und auf jeden Fall eine gute Zeit verbringen. Das tun die allermeisten Menschen in Bayern.

Wir sind froh, dass sie das tun können, und wir werden sie dabei weiter unterstützen. Es sind die Städte und Gemeinden, die gute Gefährdungsbeurteilungen treffen und sicherstellen, dass maßnahmentechnisch das für die öffentliche Sicherheit gemacht wird, was notwendig ist – nicht mehr und nicht weniger.

Natürlich ist es sinnvoll, dass man bei großen Weihnachtsmärkten im Moment auf notwendige Sperren setzt. Das ist doch ganz selbstverständlich. Es wäre ja geradezu verrückt, würden sich die Städte und Gemeinden diese Gedanken nicht machen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Huber.

Martin Huber (AfD): Herr Kollege, ich glaube, wir reden aneinander vorbei, wenn es heißt, die Kommune weiß, was notwendig ist. Entscheidend ist doch, dass die Kommune überlegen muss – ich rede jetzt mal von meinem Gemeinderat, in dem ich drin bin –, ob sie den Festeinzug durch die Ortschaft ins Festzelt machen kann, weil sie alles absperren muss. Wir reden doch aneinander vorbei. Wir haben doch riesige Probleme, ob wir das finanzieren können oder nicht. Das hat doch jede Gemeinde. Dann darf man das doch nicht so abtun.

Ich sage es noch mal: Es entstehen Kosten, die Kommunen haben echt brutale finanzielle Probleme, und deswegen haben wir den Antrag gestellt. Vielleicht macht ihr einen anderen Antrag, damit wir gleich eine Entlastung machen können.

Aber wir reden hier doch über etwas ganz anderes. Leute, wir haben ein Problem: Viele Veranstalter überlegen, ob sie die Veranstaltung überhaupt durchführen können. Das kann man doch nicht vom Tisch wischen, oder sehen Sie das nicht? Ist da keine Notwendigkeit? Ist es egal, was das kostet? Oder wie meinen Sie das? Äußern Sie sich bitte schon einmal. Das werde ich draußen in den nächsten Versammlungen meinen Leuten erzählen, was Sie hier drinnen heute sagen.

(Unruhe)

Florian Siekmann (GRÜNE): Wir haben genau die Situation – ich bin für die Landeshauptstadt München zuständig – jeden Tag: Wie organisieren wir die Veranstaltungen, wie stellen wir sicher, dass alles durchgeführt werden kann? Wenn dieses Jahr eines gezeigt hat, dann ist es doch, dass der Schlüssel darin liegt, sich mit den Veranstalter:innen zusammenzusetzen, die klügste Route für die Veranstaltung zu überlegen und die angemessenen Sicherheitsmaßnahmen. Es ist auch überhaupt nicht so, dass bei jeder Veranstaltung sofort und überall Betonklötze aufgestellt werden. Das ist Unsinn, sondern für jede Veranstaltung wird eine Sicherheitsbeurteilung getroffen: Wie viele Personen kommen, wie groß ist das Einzugsgebiet, wie stark wird geworben? Dann wird entschieden, was der klügste Weg ist. Das führt in den allermeisten Fäl-

len dazu, dass die Veranstaltung am Ende durchgeführt werden kann. Es ist eben nicht so, dass reihenweise Veranstaltungen nicht durchgeführt werden können. Es verschiebt sich manchmal, weil es gerade beim ersten Mal eine Herausforderung ist, aber wir sehen, dass sich das in den allermeisten Fällen gut eingespielt hat

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und dass sich zum Beispiel Kommunen auch zusammenschließen, um entsprechendes Equipment zu beschaffen, das bei Bedarf zwischen den Gemeinden aufgeteilt und hin- und hergeschoben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Sehr gut! Exakt so wird es gemacht!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag wird gefordert, dass der Freistaat künftig

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sämtliche Sicherheitskosten für Traditionsvoranstaltungen übernimmt. Das klingt zunächst populär, ist aber weder rechtlich belastbar noch finanziell verantwortbar. Die Rechtslage ist eindeutig: Artikel 19 LStVG – Landesstraf- und Verordnungsgesetz –, § 69a der Gewerbeordnung und die straßenrechtlichen Vorschriften – StVO, Bayerisches Straßen- und Wegegesetz usw. – sehen klar vor, dass Veranstalter für die Sicherheit ihrer eigenen Veranstaltungen verantwortlich sind – nicht weil der Staat sich drücken will, sondern weil der Veranstalter als Zweckveranlasser im rechtlichen Sinne Störer ist. Wer ein Fest ausrichtet, wer Menschen einlädt, der trägt auch Verantwortung für den sicheren Ablauf. Das ist ein tragendes Prinzip unseres Gefahrenabwehrrechts. Der Staat erfüllt seinen Teil bereits heute: Die bayerische Polizei unterstützt, berät und schützt, und zwar kostenfrei.

Was der Antrag fordert, ist etwas völlig anderes: eine vollständige Verstaatlichung aller veranstaltungsbezogenen Sicherheitskosten. Das hätte zur Folge, dass nicht mehr der Veranstalter, der mit Gewinnerzielungsabsicht eine Veranstaltung durchführt, sondern künftig der Steuerzahler für Poller, für private Sicherheitsdienste, für Absperrentechnik und für jede einzelne Auflage bei Tausenden Festen in Bayern aufkommen müsste. Das wäre nicht nur haushaltspolitisch unverantwortlich, das würde auch die klare Aufgabenteilung zwischen Kommunen, Veranstaltern und Staat auflösen und falsche Anreize schaffen; denn wenn der Freistaat alles bezahlt, wird am Ende niemand mehr wirtschaftlich sorgfältig planen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen zu unseren traditionsreichen Festen. Aber genauso stehen wir zu einer klaren, fairen und rechtssicheren Verantwortungsteilung. Dieser Antrag aber löst kein Problem, er verschiebt es nur, und zwar vollständig auf den Staat, damit auf den Steuerzahler, auf jeden Einzelnen, der diese Veranstaltung vielleicht gar nicht besucht. Das ist AfD-Politik zulasten der Bürger in Bayern.

(Zuruf von der AfD: Eure Politik geht zulasten des Stadtbilds! So sieht es aus! –
Gegenruf von den FREIEN WÄHLERN: Stadtbild!)

Deswegen lehnen wir diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte. Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Werter Kollege Hauber, Sie haben offensichtlich unseren Antrag nicht korrekt gelesen. Im Antrag geht es vor allem um Traditionsvorarlungen, um Traditionen unseres Landes, unserer Kultur und unseres Brauchtums.

Ich gebe Ihnen ein konkretes Beispiel: Vielleicht findet demnächst wieder ein Schützen- oder Trachtenumzug oder etwas Ähnliches statt. Sollen diese Traditionsvorarlne, die sicherlich keine Gewinnerzielungsabsicht haben – was Sie jedoch unterstellt

haben –, tatsächlich dafür zahlen, dass das Ordnungsamt zusammen mit der Polizei entsprechende Auflagen erlässt? Sollen diese Traditionsviere dafür zahlen, dass eventuell bestimmte Straßen mit einem Lkw abgesperrt werden müssen usw. usf.? Ist das Ihre Vorstellung von Traditionsbewahrung und Unterstützung, wie es der Finanzminister mit dem Heimatministerium macht, dass man diese Leute hängen lässt? Wir brauchen Unterstützung für die Traditionsviere, das ist ganz klar.

(Beifall bei der AfD)

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Ihr Antrag sagt etwas anderes aus: Er spricht nicht nur von solchen Umzügen wie beispielsweise denen eines Trachtenvereins, der vielleicht gerade nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Der Antrag macht hier keinen Unterschied. Darin sind auch Weihnachtsmärkte genannt. Darunter fällt praktisch alles. Das ist falsch. Damit verlagern Sie die Kosten auf jeden einzelnen Bürger.

Ich habe vorhin schon gesagt, Sie verlagern die Kosten auch auf Bürger, die vielleicht diese Veranstaltung gar nicht besuchen; die sollen Ihrem Antrag folgend dafür zahlen, dass irgendjemand bei einer Veranstaltung Gewinn erzielt. Es ist dann egal, ob es eine Kirchweih, ein Volksfest oder sonst irgendetwas ist. Das sind Traditionsvoranstaltungen, und Sie sprechen von Traditionsvoranstaltungen. Das ist aus meiner Sicht nicht richtig. Deswegen ist der Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion hat als nächste Rednerin Frau Kollegin Feichtmeier das Wort. Bitte schön.

Christiane Feichtmeier (SPD): Einen schönen guten Morgen, liebes Präsidium! Einen schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich meine Rede beginne, möchte ich ein großes Dankeschön aussprechen. Ich möchte ein großes Dankeschön an unsere Mitwirkenden, die all diese Feste möglich machen, aussprechen: an die Ehrenamtlichen in den Vereinen, an die Trachtengruppen, an die Schüt-

zenvereine, an die Kirchen- und Kulturvereine, an die Kommunen, die jedes Jahr Hunderte Veranstaltungen stemmen, und an die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten, die oft unsichtbar dafür sorgen, dass wir alle sicher feiern können. Sie sind das Rückgrat unseres gesellschaftlichen Lebens. Vielen herzlichen Dank für Ihre Bemühungen, unsere Feste sicher zu machen!

(Beifall bei der SPD)

Deshalb macht mich der Antrag der AfD auch etwas wütend. Der Antrag tut so, als gäbe es einfache Antworten, als könne man Sicherheit einfach komplett vom Freistaat bezahlen lassen, ohne Zahlen, ohne Konzept und ohne Verantwortung. Dieser Antrag ist einfach nicht ehrlich gedacht. Er ist nicht finanzierbar, er ist nicht durchdacht, und er hilft keinem einzigen Ehrenamtlichen draußen auf dem Land.

Wir alle wissen: Sicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe. Unsere Kommunen, Vereine und Behörden arbeiten eng zusammen, und das funktioniert gut, weil das pragmatisch und nah an den Menschen geschieht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/9252 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzugeben. – Bei Gegenstimmen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.